

Zeitschrift: Freidenker [1956-2007]
Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Band: 89 (2004)
Heft: 4

Artikel: Schulen müssen laizistisch sein
Autor: Peña-Ruiz, Henri
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1041871>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



In einem längeren Aufsatz in der französischen Zeitung "Le Monde Diplomatique" (13.2.2004) setzte sich der Philosoph und Dozent am Institut d'Etudes Politiques in Paris, Henri Peña-Ruiz, mit der Frage der Berechtigung des neuen französischen Kopftuchverbotes auseinander. Nachfolgend drucken wir die Hauptgedanken des Autors ab.

Ausgehend vom Dominikanerpater Henri Lacordaire (1802-1861) der festgestellt hat: "Im Verhältnis zwischen Starken und Schwachen ist Freiheit gleich Unterdrückung und Gesetz gleich Freiheit", zeigt der Autor auf, dass das Recht als Hüterin des Gemeinwohls die Beziehungen zwischen

Schulen müssen laizistisch sein

Menschen der vielgestaltigen Herrschaft der Mächtigen zu entziehen soll. Auch die Trennung von Kirche und Staat entspricht diesem Postulat und repräsentiert das Interesse der Allgemeinheit. Indem sie die moralische und geistige Autonomie des Einzelnen verteidigt, postuliert sie die Gewissensfreiheit und die vollkommene rechtliche Gleichstellung aller Menschen unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder Glauben.

Die Trennung von Kirche und Staat richtet sich nicht gegen die Religionen, soweit diese sich auf die spirituelle Dimension beschränken und keinen Anspruch auf Gestaltung des öffentlichen Raums erheben.

Heute bringt jedoch die Überbetonung der Differenz Konfrontationen hervor. In Zeiten sozialer und internationaler Spannungen ist es eine gefährliche Annahme, dass alle möglichen Besonderheiten sich stets und überall uneingeschränkt ausdrücken können müssen. Denn damit werden Menschen, die religiösen oder kulturellen Fanatismus ablehnen, der Gefahr ausgesetzt, verfolgt zu werden.

In Frankreich gibt es organisierte Gruppen, die sich mit ausgefeilten Argumenten auf Freiheit und Toleranz berufen – zumindest solange sie keine Macht besitzen. Sobald sie aber in einem Stadtteil über ausreichende Machthebel verfügen, drohen sie in vielfältiger Weise mit Gewalt und setzen sie auch ein.

Es darf nicht sein, dass jede kritische Infragestellung einer Religion als potenziell rassistisch eingestuft wird. Rassismus richtet sich gegen Völker. Durch die falsche Vermengung von Kultur und Religion oder von Religion und soziokultureller Identität wird die Diskussion permanent vergiftet. Ein Verbot von deutlich sichtbar getra-

genen religiösen Symbolen löst nicht alle Probleme. Aber es bewahrt den für alle vorgesehenen öffentlichen Raum davor, dass er sich im Namen der Toleranz oder einer angeblich "offenen" oder "pluralistischen" Laizität in lauter Einzelgruppen auflöst und damit der einheitliche Geltungsbereich des Rechts zerstört wird.

Die laizistische Schule ist einer der wenigen verbliebenen Orte, an denen nicht Unterschiede, sondern Gemeinsamkeiten im Mittelpunkt stehen. Deshalb darf der Trend zur Abgrenzung und Stigmatisierung – ganz gleich, ob religiös oder sonst wie begründet – nicht unterstützt werden.

Die Schule bestreitet nicht, dass es kulturelle Unterschiede gibt. Sie sorgt lediglich dafür, dass der Raum, der den Unterschieden gewährt wird, nicht im Widerspruch steht zum Universalismus des Rechts und zur Freiheit und Selbstbestimmung des Einzelnen.

Mathematik oder Geschichte lernen ist nicht dasselbe wie Briefmarken kaufen oder mit den Zug fahren. Neugier und Offenheit für Wissen sind unverzichtbar mit einer Identität, die mehr auf Einbildung denn auf freier Entscheidung beruht – zumal in einem Alter, in dem die Persönlichkeit sich erst noch entwickelt.

Die Schule ist kein x-beliebiger Ort, und es wäre unverantwortlich, dort dieselben Freiheiten zu fordern wie auf öffentlichen Plätzen. Die meisten Schüler sind minderjährig, und die Annahme, sie seien in ihrem Sein oder Handeln vollkommen Herr ihrer selbst, wäre falsch.

Das halbwegs harmonische Miteinander in der Schule beruht – auch – auf der Tatsache, dass die Schüler es nicht in erster Linie darauf anlegen, sich durch Symbole voneinander abzugrenzen.

Fortsetzung S. 3



THEMEN in diesem FREIDENKER

I vero idealo laico	2
Ethikkrise in der Wirtschaft?	4-5
Freidenker-Umschau	6
Büchertisch: Gott fährt Fahrrad	6
FVS-Weiterbildungsangebot	7

tutte le potenzialità dell'uomo sotto il solo controllo della ragione.

Laicità però non significa neutralità. Un'istituzione laica dovrebbe essere neutra? La ricerca di un consenso istituzionale dovrebbe essere silenziosa? L'ideale laico riconosce che la neutralità non è del nostro mondo. Essere laico significa esserlo contro il conservatorismo intellettuale e contro il settarismo. Ma la laicità e l'ideale laico non devono soccombere alla tentazione del monopolio della verità. L'ideale laico e le istituzioni laiche non si difendono allorché si cede al dogmatismo. Non si deve pertanto pretendere ad un monopolio dell'umanità, bensì alla sua priorità.

Lo Stato anticlericale non è laico poiché pretende di dirigere lo spirito degli uomini in assenza di libertà di coscienza e di pensiero. Opporsi all'ateismo di Stato (laicismo) risponde all'ideale laico, così come impegnarsi contro i totalitarismi religiosi. Ecco il vero ideale laico, la cui difesa e il cui sviluppo devono oggi rimanere una necessità in seno all'idea moderna di laicità applicata a molti aspetti della vita in collettività.

Il concetto di laicità deve quindi essere allargato all'idea di lotta contro tutte le iniziative politiche, economiche, sociali e religiose che privilegiano una o alcune categorie rispetto ad altre. La laicità è, e sarà, la tolleranza e la libertà di spirito di fronte ai dogmi, il rispetto dell'individuo di fronte alle molteplici alienazioni che gli sono spesso inflitte.

L'ideale laico vivrà tanto a lungo quanto durerà la lotta per la libertà di usare la ragione nella ricerca della verità. Perciò la laicità deve risiedere in una continua conquista di se stessi.

Jean-Louis Scossa

¹ Matematico e legislatore; autore di "Esquisse d'un tableau historique des progrès de l'esprit humain" (1794), in cui esprime la sua fede ottimistica nella perfettibilità infinita del genere umano.

² Ministro dell'istruzione pubblica (1848-49), autore della legge scolastica che porta il suo nome, ma che fu votata sotto il suo successore.

³ Tra il 1879 e il 1885, successivamente ministro dell'istruzione pubblica, presidente del Consiglio e ministro degli affari esteri.

⁴ Il Concordato del 1801 aveva ridato al culto cattolico la sua libertà essenziale, ma si era limitato a constatare che il cattolicesimo era la religione "della grande maggioranza dei Francesi", senza dire che era quella dello Stato.

Unter bestimmten sozialen Bedingungen ist das Beharren auf laizistischen Rechten wenig überzeugend und behindert vielmehr die Benachteiligten, wenn sie ihren Pflichten gegenüber dem Staat nachkommen wollen. Woraus jedoch nicht zu schlussfolgern wäre, dass die Forderung, Kirche und Staat strikt auseinander zu halten, illegitim sei oder nicht eigens betont werden müsse. Nur zu oft geht es in der Debatte weniger um soziale Ungerechtigkeit als vielmehr um das politische Projekt der Bekämpfung des laizistischen Staates. Was nicht heißen soll, dass bei der Verteidigung des Laizität die sozialen Bedingungen aus dem Blick geraten dürfen, denn damit würde er sich nur unglaublich machen.

Der politische Kampf gegen die fundamentalistische Gewalt muss also verstanden werden als ein Bestreben, immer klarere Einsicht in die wahren Ursachen der Probleme zu gewinnen. Man darf folglich nicht auf falsche Diagnosen hereinfallen, die der Moderne, der Republik oder einer Emanzipation von kirchlicher Autorität die Schuld geben. Wir befinden uns in einer ähnlichen Situation, wie sie einst Karl Marx beschrieben hat, der sich nicht gegen jegliches religiöses Bewusstsein wandte, sondern gegen die Religion als das "Herz einer herzlosen Welt, so wie die Seele der seelenlosen Verhältnisse".

In Grossbritannien hat der Rückzug des Staates und der öffentlichen Einrichtungen aus den "Problem-Vorstädten" eindeutig zur Folge, dass man die sozialen Belange den Fundamentalisten mit ihren antikapitalistischen Diskursen überlassen hat. Wir sollten aus dieser Erfahrung lernen und Konsequenzen für unser Land daraus ziehen.

Der religiöse Fundamentalismus ist ein Komplize der überzogenen wirtschaftsliberalen Deregulierung. Und zwar sowohl objektiv, weil er die richtige Diagnose – die den Kapitalismus verantwortlich machen würde – wohlweislich nicht stellt, als auch subjektiv, weil er an einem mystifizierenden Bewusstsein festhält, das die liberal-kapitalistische Globalisierung zum Schicksal erklärt. Er geht davon aus, dass die Globalisie-

rung der einzig mögliche Ausdruck der Moderne ist, und produziert Hoffnungslosigkeit, weil er jede soziale Alternative als unsinnig abtut und als einzige Lösung mildtätige Gaben anbietet. Dem muss die Hoffnung auf Solidarität entgegengesetzt werden.

Soziale Ungerechtigkeit schafft Opferbewusstsein

Die geistige und moralische Emanzipation aller Menschen ist das Ziel, damit ein aufgeklärtes Bewusstsein für Ursachen und Zusammenhänge sie für ideologischen Fatalismus unempfänglich macht. Nur die laizistische Emanzipation des Rechts kann die Freiheit aller Menschen garantieren, die erst dadurch zu wirklicher sittlicher Autonomie gelangen. Denn erst dann können sie über ihre Lebensweise, ihre sexuelle Orientierung, ihre Beziehungen zu anderen Menschen selbst bestimmen und sich zum Beispiel für oder gegen Verhütungsmittel, für oder gegen einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden.

Parallel dazu ist es aber unabdingbar, die sozialen Ungerechtigkeiten zu bekämpfen, welche die Chancengleichheit beeinträchtigen. Denn während die laizistische Schule die Emanzipation hochhält und die geistigen Voraussetzungen dafür erzeugen will, bringt zugleich die Zivilgesellschaft ständig neue Ungleichheiten hervor.

Wir brauchen uns also nicht zu wundern, wenn in Reaktion darauf eine Art Opferbewusstsein entsteht, das dazu beiträgt, die so stigmatisierte Herkunft aufzuwerten und sie durch ein fanatisches Bestehen auf der eigenen Differenz zu mystifizieren. Dann ist die Gefahr, in das Gruppendenken des Kommunitarismus abzudriften, nicht mehr fern.

Universelle Bedeutung der Laizität

Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere hehren Prinzipien an den Niederungen der Praxis zuschanden gehen.

Denn Laizität ist keine zufällige Besonderheit der französischen Geschichte, sondern eine Errungenschaft von universeller Reichweite, die es zu bewahren und weiterzuentwickeln gilt.